

## »Weiterbildungs-Weihnachten«?

### Die globale Wirtschaftskrise wirft ihre Schatten voraus, aber auch Licht

»Wir hatten Erwartungen, und sie wurden übertroffen.« Was der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Mertens (Vorsitzender des VHS-Verbandes RLP) über die Auswirkungen des Konjunkturprogramms II auf die Weiterbildung zu sagen hat, klingt so gar nicht nach Krise. Seine Verbandsdirektorin Steffi Rohling nennt es auf der Mitgliederversammlung in Daun gar »Weiterbildungs-Weihnachten«: Förderungen für 165 Vorhaben mit einem Volumen von 3,4 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln wurden im Rahmen des Konjunkturpakets II für Einrichtungen der rheinland-pfälzischen Weiterbildung (soweit gesetzlich anerkannt) in Aussicht gestellt.

Mit den Fördermitteln können die Weiterbildungseinrichtungen Bausanierungsmaßnahmen mit einem Schwerpunkt auf energetischer Sanierung durchführen. Ein weiterer Förderschwerpunkt liegt auf der Neuanschaffung bzw. Aufrüstung von IT- bzw. bildungsbezogener Ausstattung in den Einrichtungen, die überwiegend für Zwecke der Weiterbildung genutzt werden. Die Förderungen waren möglich geworden, weil der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) um Weihnachten herum erreicht hatte, dass die Weiterbildung noch in den Gesetzentwurf aufgenommen wurde. Und die Landesregierung hatte sich, so Ministerin Doris Ahnen, in den Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch kirchliche und freie Träger an den Maßnahmen des Konjunkturprogramms II partizipieren können. Einen ähnlich beeindruckenden Zuschuss wie in Rheinland-Pfalz erfuhr offenbar auch die Weiterbildung in Sachsen-Anhalt. In Fachkreisen hält man ein Konjunkturpaket III für wahrscheinlich, das Investitionen in Bildung ermöglichen könnte ohne den lästigen Umweg über energetische Sanierung und co. Ist das alles, was die Weiterbildung derzeit von der globalen Wirtschaftskrise zu spüren bekommt?

Sicher nicht. Es steht zu vermuten, dass die Krise zuerst die betriebliche, anschließend die öffentlich geförderte und zuletzt die SGB-geförderte Weiterbildung trifft. Die Unternehmen sind bereits voll von der Krise erfasst und sparen – natürlich auch an Weiterbildung. Ist die Krise via Neuverschuldung erst einmal in den öffentlichen Haushalten angekommen, beginnen Einschränkungen, die sich z.B. in der Landesförderung niederschlagen könnten. Auch das noch nicht endgültig etablierte Weiterbildungsdarlehen des Bundes könnte in die Fänge der Bankenkrise geraten. Einstweilen wird die derzeit rasant wachsende Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen die Teilnehmezahlen an Maßnahmen der Arbeitsagentur steigen lassen – wenigstens solange hierfür noch Mittel zur Verfügung stehen.

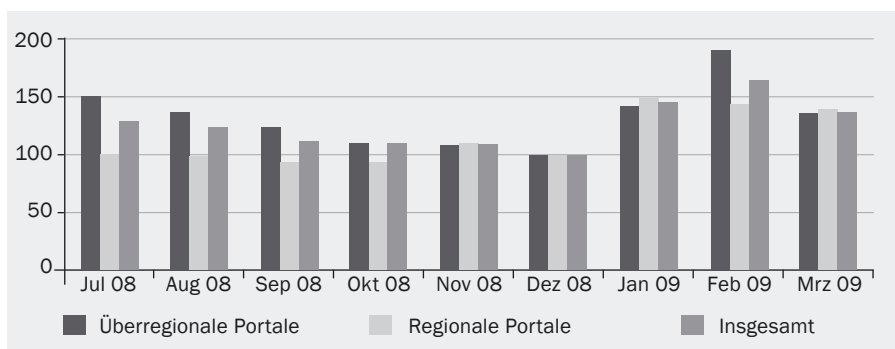
Harte Belege für diese Vermutungen gibt es noch nicht; derzeit muss, wer sich dazu ein Bild machen will, Indizien sammeln.

Der Anstieg der Weiterbildungsteilnahmen auf SGB-III-Basis jedenfalls ist schon gut beobachtbar – ob er allein auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist oder in Teilen auch auf eine veränderte Politik der BA, muss derweil offen bleiben. Im April 2009 nahmen 214.300 Personen an einer Weiterbildungsmaßnahme im

Bereich des SGB III teil. Gegenüber dem Vorjahresmonat war dies eine Zunahme um 27 Prozent. Und seit Jahresbeginn sind 202.600 Personen in eine Förderung der beruflichen Weiterbildung eingetreten. Dies sind 41 Prozent mehr als im Vorjahr – und bereits mehr als in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt (185.000 bzw. 132.000). Rechnet man die April-Zahlen auf das ganze Jahr hoch, würden gut 600.000 Eintritte zu verzeichnen sein – mehr als in allen anderen Jahren dieser Dekade. Indizien steigenden Weiterbildungsinteresses will auch das InfoWeb Weiterbildung (IWWB) anhand der monatlichen Besucherzahlen von derzeit 37 Weiterbildungsdatenbanken ausmachen. Die Suchmaschinen für Weiterbildungskurse verzeichnen seit Jahresbeginn einen signifikant erhöhten Traffic in den Datenbanken (vgl. Abb.). Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) bringt diese Zahlen in einer Pressemeldung mit dem Anstieg der Kurzarbeit und wachsender Freizeit in der Bevölkerung in Zusammenhang. Inwieweit sich aus dem Recherchieren in Datenbanken konkrete Teilnahmen ergeben, kann auch das DIPF nicht messen. Hier sind repräsentative Bevölkerungsbefragungen wie der Adult Education Survey oder – schwächer – Institutionalstatistiken auszuwerten. Auf entsprechende Zahlen für 2009 muss aber noch eine Weile gewartet werden.

DIE/PB

Abb.: Index des Weiterbildungsinteresses anhand von Datenbank-Besuchen



Besuche bzw. Visits bei regionalen und überregionalen Weiterbildungsdatenbanken (Dezember = 100); Quelle: InfoWeb Weiterbildung

## Bildungsurlaub zu Marktbedingungen

### Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW unter dem Druck der EU

Das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW sichert das Recht auf Freistellung für individuelle Weiterbildung. Fünf Tage jährlich sind für politische und/oder berufliche Bildung für Arbeitnehmer/innen vorgesehen. Seine kurze Geschichte ab 1984 weist es als ein konfliktbeladenes Gesetz aus. Die Arbeitgeberverbände bestritten seine Rechtmäßigkeit in Klagen bis zum Bundesverfassungsgericht, das diese 1987 feststellte. Die Novellierung 2000 führte zu einem rapiden Rückgang der Zahl der Arbeitsgerichtsprozesse bei Inanspruchnahme auf niedrigem Niveau. Nun erfolgt der erste direkte Eingriff der EU in die nordrhein-westfälische Weiterbildung.

Es geht um die Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union: »Die EU-Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um den Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit in Deutschland entgegenzuwirken. Sie wird Deutschland eine zusätzliche, mit Gründen versehene Stellungnahme zum Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen übermitteln. Eine mit Gründen versehene Stellungnahme ist die zweite Stufe des

Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 226 EG-Vertrag. Erhält die EU-Kommission binnen zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort, kann sie den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft anrufen« (zit. nach Plenarprotokoll 14/102 vom 22.10.08, Anfrage 248).

Die EU-Kommission bemängelt vor allem, dass

- nur ein kleiner Kreis von Bildungsanbietern in Europa das AWbG NRW in Anspruch nehmen kann; und zwar nur jene, die eine staatliche Anerkennung nach WbG NRW (Weiterbildungsgesetz – ein Finanzierungsgesetz) erhalten haben. Die EU wertet dies als einen Verstoß gegen gleiche Bedingungen für alle Anbieter auf dem Markt,
- die Bildungsorte auf NRW und seine Nachbarländer sowie auf antifaschistische Gedenkstätten bzw. Standorte der EU-Legislative oder -Exekutive beschränkt sind,
- das Verbot der Gewinnerzielungsabsicht gegeben ist.

Damit will die EU Marktbedingungen in der Arbeitnehmerweiterbildung durch-

setzen. Es ist ein weiterer Schritt in Richtung Privatisierung der Weiterbildung. Private Weiterbildungseinrichtungen sollen partizipieren können und Gewinnerzielungsabsichten nicht ausgeschlossen sein. Idee und Grundsatz einer öffentlich verantworteten Weiterbildung sind ausgeblendet.

Bei der Weiterbildungskonferenz im November 2008 hat die zuständige Ministerin für Schule und Weiterbildung in NRW, Barbara Sommer, differenziert die Kritik der EU-Kommission am Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz benannt und eine Gesprächseinladung für Akteure der Landespolitik, der Weiterbildungslandschaft, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber angekündigt. Das Ergebnis dieses Gesprächs ist, dass der Versuch unternommen wird, das AWbG NRW und die EU-Anforderungen aufeinander abzustimmen. Das heißt, die Trennung von AWbG und WbG vorzunehmen sowie eine Novellierung des AWbG NRW zügig vorzubereiten. Dies muss noch im Jahr 2009 geschehen. Andernfalls droht ein Prozess beim EU-Gerichtshof. Das Saarland hat ihn vermieden und die Novellierung seiner gesetzlichen Grundlage zur Bildungsfreistellung eingeleitet.

*Klaus Brülls (DGB-Bildungswerk NRW)*

## Studieren ohne Abitur

### Hochschulzugang für Berufserfahrene

Nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 6. März 2009 steht ab sofort vielen beruflich Qualifizierten ohne Abitur die Tür zur Universität offen. Eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erhalten zum Beispiel Meister/innen und Techniker/innen, Inhaber von Fachschulabschlüssen oder Inhaber von Fortbildungsabschlüssen nach dem Berufsbildungsgesetz, deren Lehrgänge mindestens 400 Unterrichtsstunden umfasst haben.

Daneben wird es auch eine fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung geben nach einer zweijährigen Berufsausbildung plus dreijähriger Berufser-

fahrung oder nach dem erfolgreichen Bestehen einer spezifischen Eignungsprüfung. Diese Prüfung kann auch ersetzt werden durch ein nachweislich erfolgreich absolviertes Probestudium von einem Jahr.

### Mehr Weiterbildungsstipendien

Parallel zum Beschluss der Bundesländer verzeichnet das Programm »Aufstiegsstipendium« im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung unter dem Titel »Aufstieg durch Bildung« positive Resonanz. Laut einer vom BMBF veröffentlichten Studie verbessert das Stipendium die beruflichen Aufstiegschancen für leistungsfähige Berufseinsteiger, es eröffnet Perspektiven für das Lernen im gesamten Lebenslauf und schafft Anreize, Berufs-

karrieren erfolgreich zu gestalten. Die Zahl der vergebenen Stipendien ist in den letzten Jahren gestiegen: von 4.200 im Jahr 2005 auf mehr als 6.000 im Jahr 2008. Die Mittel wurden dementsprechend aufgestockt und betragen für 2009 20 Millionen Euro.

Das Stipendium dient dazu, dass beruflich Begabte sich auf ihr Studium konzentrieren und zügig ins Berufsleben zurückkehren können. Gefördert werden Bewerber, die über eine mindestens zweijährige Berufserfahrung verfügen, wahlweise in einem Vollzeitstudium oder einem berufsbegleitenden Studiengang.

*DIE/BP*



[www.kmk.org/wissenschaft-hochschule/veroeffentlichungen-beschluesse.html](http://www.kmk.org/wissenschaft-hochschule/veroeffentlichungen-beschluesse.html)



[www.aufstieg-durch-bildung.info](http://www.aufstieg-durch-bildung.info)

## Bildungsprämie praxistauglich

### Zwischenbilanz zu Gutscheivergabe und Prämienberatung

Seit im Januar 2007 das Gutachten von Rürup und Dohmen zur Konzeption des »Weiterbildungssparen« veröffentlicht wurde, stand das neuartige Finanzierungsinstrument in der öffentlichen Diskussion: Wie kann ein nachfrageorientiertes Förderangebot in den unterschiedlichen Rahmenbedingungen der 16 Länder wirksam und praxistauglich für individuelle berufliche Weiterbildung mobilisieren? Mittlerweile heißt das Angebot »Bildungsprämie«, und zwei der drei geplanten Komponenten sind seit rund einem halben Jahr in der Praxis angekommen:

- Einen Prämiegutschein in Höhe von max. 154 Euro können Erwerbstätige erhalten, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen derzeit 20.000 Euro (oder 40.000 Euro bei gemeinsam Veranlagten) nicht übersteigt. Mindestens die gleiche Summe müssen sie selbst für die Weiterbildung aufbringen.
- Mit dem »Weiterbildungssparen« wird im Vermögensbildungsgesetz zur Finanzierung von Weiterbildung eine Entnahme aus den Guthaben erlaubt, auch wenn die Sperrfrist noch nicht abgelaufen ist.

Der Startschuss fiel im Dezember 2008 mit der Öffnung der ersten Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Diese Stellen zur Prämienberatung sind der Kern der notwendigen neuen Infrastruktur. Im Rahmen einer »Prämienberatung«

- wird geklärt, ob die notwendigen Voraussetzungen für die Förderung erfüllt sind,
- werden drei oder mehr sinnvolle Angebote ausgewählt,
- wird ggf. der Prämiegutschein und/oder der Spargutschein ausgestellt.

Zielsetzung ist es, bundesweit rund 600 etablierte Beratungsstellen zur Ausgabe von Prämien- und Spargutscheinen zuzu-

lassen. Weil die Beratungslandschaft in den 16 Ländern sehr unterschiedlich aussieht, werden die Beratungsstellen nur mit Zustimmung des jeweiligen »Sitzlandes« ausgewählt. So kann die Prämienberatung optimal an die Gegebenheiten und die Planungen des Landes angepasst werden. Durch die verschiedenartigen Voraussetzungen verläuft der Aufbau in den Ländern sehr unterschiedlich. So zeigt die Deutschlandkarte im Moment eine heterogene Verteilung der Beratungsstellen in den Regionen (vgl. Abb.).



In Kürze wird in jedem der 16 Länder mindestens eine Beratungsstelle aktiv sein. Die Bildungsprämie wird aus Mitteln des BMBF und des ESF gefördert.

Nach der Auswahl für die Förderung müssen die Beratungsstellen vor allem zwei wesentliche Arbeiten erledigen: Die Berater/innen werden geschult und Fragen des Datenschutzes geklärt. Für diese Schritte sind acht Wochen vorgesehen. Sie dauern im Einzelfall aber auch länger, damit die eintägige Präsenzschiung möglichst ortsnah angeboten werden kann oder weil

die Datenschutzbestimmungen eines Landes oder einer Organisation Anpassungen erfordern. Diese notwendige Vorbereitungszeit führt dazu, dass von den bereits für die Förderung ausgewählten 415 Stellen bislang 291 aktiv sind (Stand 8. Mai 2009) – deutlich mehr als im Vorfeld zu diesem Zeitpunkt geplant war. Wie schon bei vergleichbaren Instrumenten zu beobachten war – etwa beim »Bildungsscheck NRW« oder den »Individual Learning Accounts« im Vereinigten Königreich –, verläuft die nutzerseitige Aufnahme zunächst langsam und mit entsprechendem Abstand zur neu errichteten Infrastruktur. So wurden in den ersten hundert Tagen bis Anfang März rund 650 Prämiegutscheine aus-

gegeben. Anfang Mai – nur knapp zwei Monate später – haben schon über 1.600 Lerner/innen einen Gutschein erhalten.

Die Einlösung der Prämiegutscheine durch die Anbieter erfolgt wiederum mit einiger Verzögerung nach Ausgabe, so dass noch keine verlässlichen Erfahrungen zur Einlösequote und zum durchschnittlichen Wert der Gutscheine vorliegen.

Die Erfahrungen mit der Prämienberatung und der Gutscheinausgabe sind bislang durchaus zufriedenstellend. Eine Reihe von Fragen, die sich im Beratungsalltag ergaben, konnte bereits geklärt werden – etwa zur Frage von Kursfolgen und Modulen. Andere werden sicher folgen – hoffentlich weiterhin so konstruktiv und konfliktarm wie bisher. Insofern ist es durchaus ermutigend, dass der Praxisstart bislang weniger mediale Beachtung fand als die intensive Debatte über Konzepte und Theorie: Es belegt, dass die Bildungsprämie grundsätzlich praxistauglich ist.

*Eckart Lillenthal (BMBF)*

Infoseite des BMBF:

[www.bildungspraemie.info](http://www.bildungspraemie.info)

Beratungsstellensuche unter:

[www.iwwb.de/beratung](http://www.iwwb.de/beratung)

## Wieder mehr Bildungspolitik des Bundes?

### Föderalismuskommission II beschließt eine Lockerung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik

Am 5. März 2009 hat die sogenannte Föderalismuskommission II Beschlüsse zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter dem Titel »Nachhaltigkeit als Perspektive« verabschiedet. Anlass für die Föderalismusreform II waren die Wirtschafts- und Finanzkrise und das daraufhin von der Bundesregierung verabschiedete Konjunkturpaket (DIE berichtete, H. II/2009, S. 6). Die dort für Bildung vorgesehenen Gelder durften bisher nach Verfassungsanierung, nicht jedoch für inhaltliche Bildungsqualität verwendet werden. Ein Umstand, den viele Bildungsverbände und -institutionen in der Vergangenheit bereits kritisiert haben und der dem mit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 verhängten Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildungspolitik geschuldet war: Bildung war danach ausschließlich Ländersache, eine Beteiligung des Bundes nicht vorgesehen. Bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II und der Ausgabe der Bildungsinvestitionen stellte sich dieses Kooperationsverbot für die Bundesländer als problematisch heraus.

Es soll nun quasi durch die gesetzgeberische Hintertür gelockert werden. Unter der komplizierten Überschrift »Allgemeine horizontale und vertikale Kooperationsmöglichkeiten und die Öff-

nung der Finanzhilfen des Bundes« hat die Föderalismuskommission die Änderung des Art. 104b des Grundgesetzes beschlossen, der die Finanzhilfen des Bundes für Investitionen regelt. Danach sollen Gemeinschaftsinitiativen von Bund und Ländern im Bildungsbereich wieder möglich sein.

Das Gesamtpaket der Vorschläge zur Grundgesetzänderung ist nun im Gesetzgebungsverfahren des Bundestages; geplant ist, dass es mit der letzten Sitzung des Bundesrates vor der Sommerpause im Juli 2009 und damit noch in dieser Legislaturperiode vor den Bundestagswahlen abgeschlossen werden kann. Unterstützt wird dies vor allem von der SPD, deren Fraktionsvorsitzender Peter Struck, der auch Vorsitzender der Föderalismuskommission ist, sich bei der ersten Lesung im Bundestag im März explizit dafür aussprach. Ebenso Ernst Dieter Rossmann, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sowie Ulla Burchardt (SPD), Vorsitzende des Bildungsausschusses im Deutschen Bundestag. Unterstützt wird diese »Bildungsreform« auch von den Fraktionen der Grünen und der Linken. Auch einige CDU-geführte Bundesländer haben ihre Zustimmung signalisiert. *DIE/BP*



[www.bundestag.de/Parlament/gremien/foederalismus2/index.html](http://www.bundestag.de/Parlament/gremien/foederalismus2/index.html)

## Weiterbildungstag erst wieder 2010

Die Bilanz der Veranstalter zum Weiterbildungstag 2008 war zwar durchaus positiv, z.T. sogar überschwänglich. Dennoch wird es 2009 keine Neuauflage geben, sondern eine Verschiebung auf einen zweijährigen Rhythmus. Voraussichtlicher Termin für den dritten Weiterbildungstag ist der 24. September 2010. Die Initiatoren, der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) und der Deutsche

Volkshochschul-Verband, begründen die Verschiebung mit dem Wunsch der Unternehmen, Verbände und Bildungseinrichtungen nach längerer Vorbereitungszeit. Interessierte Bildungsträger finden auf der Website des Weiterbildungstages bereits Anregungen zur Beteiligung. *DIE/BP*



[www.deutscher-weiterbildungstag.de](http://www.deutscher-weiterbildungstag.de)

## Weiterbildungsuniversität

Die Deutsche Universität für Weiterbildung (DUW) nimmt im Oktober 2009 ihren Studienbetrieb auf. Die staatlich anerkannte Weiterbildungsuniversität beginnt ihren Studienbetrieb mit zunächst drei Masterstudiengängen und neun Zertifikatskursen in den Departments Wirtschaft und Management, Bildung und Gesundheit. Die zweijährigen Masterstudiengänge qualifizieren für die Fachrichtungen Compliance (M.A.), Bildungs- und Kompetenzmanagement (M.A.) und Drug Research and Management (M.Sc.). Insgesamt sind an der DUW mittelfristig bis zu 30 postgraduale Studiengänge und weitere Angebote geplant.

Das Angebot der DUW richtet sich an Berufstätige mit erstem Studienabschluss und einer mindestens einjährigen Berufserfahrung, die sich mit der Aussicht auf neue Aufgaben oder eine leitende Position weiterbilden wollen oder eine berufliche Neuorientierung anstreben. Die DUW arbeitet nach dem Ansatz des Blended Learning: Die Teilnehmer studieren flexibel von zuhause aus und treffen sich quartalsweise zu Seminaren in Berlin oder wahlweise an einer Partnereinrichtung im Ausland. Initiatoren und Gesellschafter der DUW sind die Freie Universität Berlin und die Stuttgarter Klett-Gruppe. In die als Public Private Partnership angelegte gemeinsame Einrichtung lässt die FU Berlin als Exzellenzuniversität ihr umfassendes wissenschaftliches Know-how einfließen. Die Klett-Gruppe bringt die Kompetenz in Sachen Lehr- und Lernlogistik, Fernstudium sowie Beratung und Betreuung ein.

Zur Gründungspräsidentin wurde die ehemalige Vizedirektorin der Donau-Universität Krems, Prof. Dr. Ada Pellert, ernannt. Sie ist habilitierte Wirtschaftswissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Organisationsentwicklung, Weiterbildungsforschung und Bildungsmanagement und seit Anfang 2009 im Amt. *DIE/BP*



[www.duw-berlin.de](http://www.duw-berlin.de)

## Diskussionswürdige Selbstzuschreibungen

### Fortbildungsinteressen des Weiterbildungspersonals als Thema beim KOMWEIT-Projektabschluss

Die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung ist das erklärte Ziel der Bundesregierung für 2015. Hierzu setzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auf verschiedene Maßnahmen, die derzeit oft auf der Ebene der Individuen angesiedelt sind (vgl. z.B. den Beitrag zu Prämien-

in den Einrichtungen, also bei HPM, beim Leitungs-, Verwaltungs- und v.a. Lehrpersonal, die Attraktivität von Weiterbildung und damit die Bereitschaft zu weiteren Teilnahmen an Weiterbildung in der Bevölkerung steigern könnte, war eine schnell akzeptierte Erkenntnis. Und dass hierfür Fortbildung des Personals eine geeignete qualitätssichernde Maßnahme sein dürfte, ebenso. (Dass eine verstärkte Fortbildungsaktivität von geschätzt 600.000 Weiterbildnern in Deutschland die Weiterbildungsquote auf die Bevölkerung hochgerechnet positiv beeinflussen würde, ist dabei politisch sicher nicht die unangenehmste Nebenwirkung.)

Für Diskussionsstoff sorgten vielmehr die Ergebnisse zu den von den Weiterbildnern geäußerten Fortbildungsinteressen.


Als die drei wichtigsten Themen für Fortbildungen auf den jeweiligen Ebenen erwiesen sich anhand der KOMWEIT-Interviews:

- Mesoebene (HPM, Bildungsplaner): Angebotsentwicklung, Zielgruppenansprache, Finanzierung (der Weiterbildung),
- Mikroebene (Kursleitende): Finanzierung (Erschließen neuer Quellen für persönliche Einkünfte), fachliche Fortbildung, Konfliktmanagement,
- Verwaltungspersonal (OPM = organisatorisch-pädagogische Mitarbeiter): Medien/Medientechnik, fachliche Fortbildung, Controlling/Finanzwesen.

Für Irritation bei den Teilnehmenden der Bonner Tagung sorgte, dass Theorien erfolgreichen Lernens hier ebenso wenig auf den Spitzenplätzen zu finden sind wie die Themen »Interkulturelles«, »Beratung« oder »Mediengestütztes

Lernen«. In der Diskussion zeigte sich, dass sich beim Thema Medien unter den Weiterbildnern offenbar eine gewisse Selbstgenügsamkeit breitgemacht hat, die mit dem weitgehend folgenlosen E-Learning-Hype zu tun hat. Dies mag eine gefährliche Entwicklung sein, wandten einige der Gäste angesichts wachsender junger internet-affiner Milieus ein. Was Fortbildungsbedarfe im Bereich Beratung angeht, so gibt es in der Praxis anscheinend latente Vorbehalte gegen Beratung als Teil pädagogischer Professionalität – allen Funktionsredens zum Trotz. So sagt die Empirie der Fortbildungen für das Weiterbildungspersonal dann doch eine Menge aus über das Selbstbild der Profession. Projektleiter Tippelt resümierte: »Der Befund ist, wie er ist. Aber vielleicht sehen wir hier die eine oder andere gefährliche Selbstzuschreibung.«

DIE/PB

 [www.komweit.de](http://www.komweit.de)



Aiga von Hippel (München) stellt KOMWEIT-Projektergebnisse vor.

gutscheinen S. 8). Eine eher selten fokussierte Stellschraube der Weiterbildungsbeteiligung ist die Kompetenz des Weiterbildungspersonals. Zu diesem Sachzusammenhang hat das BMBF von 2007 bis 2009 ein Forschungsprojekt gefördert, dessen Ergebnisse am 14. Mai im Ministerium der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

»KOMWEIT« – »Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung und Verbesserung der Chancengerechtigkeit durch Kompetenzförderung von WeiterbildnerInnen« – ist von der LMU München (Lehrstuhl Tippelt) in Zusammenarbeit mit der HHU Düsseldorf (Lehrstuhl Barz) bearbeitet worden. Die Wissenschaftlerinnen kooperierten dabei mit dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung, dem Bundesinstitut für Berufsbildung sowie dem Rat der Weiterbildung – KAW.

Dass eine qualitativ hochwertige Arbeit

### TU Kaiserslautern bietet Master-Fernstudium für Weiterbildner

Das Distance and International Studies Center (DISC) der Technischen Universität Kaiserslautern bietet im Wintersemester 2009/2010 ein postgraduales Master-Fernstudium »Erwachsenenbildung« an. Das viersemestrige, berufs begleitende Studienangebot ist aufgrund seines breiten Themenspektrums und modularen Aufbaus insbesondere für bereits im Weiterbildungs-/Erwachsenenbildungsbereich Tätige geeignet, die sich umfassend weiterqualifizieren möchten. Es ist aber auch für diejenigen interessant, die eine Tätigkeit in diesem Bereich anstreben.

Das Fernstudium schließt mit dem akademischen Titel »Master of Arts« ab. Zulassungsvoraussetzung ist ein erster Hochschulabschluss (Universität oder FH) sowie eine mindestens einjährige Berufstätigkeit nach dem Erststudium. Die Kosten betragen derzeit 630 Euro pro Semester.

 [www.zfuw.de](http://www.zfuw.de)

## Bis zur Rente oder bis zur Bahre?

### Tagung der Böckler-Stiftung offenbart Schwächen des Nationalen Bildungspanels

Das Graduiertenkolleg »Lebenslanges Lernen« der Hans-Böckler-Stiftung vereinte am 8. und 9. Mai 2009 unter dem thematischen Dach »Bildung über die Lebensspanne« Vertreter aus Bildungsforschung und -praxis in Dresden. Im Mittelpunkt stand die empirische Erfassung von Bildungsbiographien im Lebensverlauf.

Bereits der Einführungsvortrag des wissenschaftlichen Leiters des Nationalen Bildungspanels (NEPS), Hans-Peter Blossfeld (Bamberg), machte deutlich, dass trotz aller forschungspraktischen Innovationskraft dieser neukonzipierten Längsschnittuntersuchung die lückenlose empirische Darstellung lebenslangen Lernens nicht gänzlich gewährleistet werden kann. Zwar bietet das Panel von der methodischen Anlage her die besten Voraussetzungen dafür, die aktuellen Diskussionen etwa um das Verhältnis von Erstausbildung und Weiterbildung oder die Effekte kumulierter Lernerfahrungen empirisch zu unterfüttern, es krankt jedoch an der Sampleerstellung, die eine entscheidende Gruppe derzeit nicht erfasst: Personen in der nachberuflichen Phase. Dies mag daran liegen, dass sich für die Konstruktion der entsprechenden NEPS-»Bildungsetappe« das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verantwortlich zeigt, welches von Hause aus die Erwerbsbevölkerung im Blick hat. Bildungs- und Kompetenzverläufe im Erwachsenenalter werden im NEPS demnach über die Lebensspanne von Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter erhoben, d.h. vom 23. Lebensjahr bis zur Verrentung. In Blossfelds Darstellung hieß es dann auch »mit dem NEPS von der Wiege bis zur Rente«, während sich die Vorstellung eines lebenslangen Lernens per definitionem doch eher am Lebens- als am Erwerbende und demnach an der »Bahre« orientieren sollte.

Die Kritik an der Erwerbs- und in diesem Zusammenhang auch an der Öko-

nomiezentrierung, die sich damit – so scheint es – ihren Weg noch stärker in die empirische Bildungsforschung bahnt, fand sich dann auch im Tagungsbeitrag von Prof. Peter Alheit (Göttingen) wieder. In seiner diskursanalytischen Auseinandersetzung mit der bildungspolitischen Programmatik des »lebenslangen Lernens« entlarvte er die Dominanz der Humankapitaldimension und die ihr innewohnende ökonomische Perspektive.

Auch Anja Ehlers (TU Dortmund) betonte aus der Perspektive der Lebenslaufforschung, wie notwendig es sei, die Fokussierung auf die männliche – stark an der Erwerbsphase orientierten – Normalbiographie zu überwinden. Ehlers sprach sich zudem aus der Perspektive der Lebenslaufforschung für die längst überfällige Berücksichtigung der immer häufiger auftretenden und fragiler werdenden Patchwork-Biographien aus.

Reinhard Pollak vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) machte deutlich, dass sich trotz NEPS an dieser Situation in absehbarer Zeit nicht viel ändern werde. In seinen quantitativen Analysen von Bildungsverläufen und Übergängen nehmen der Austritt aus dem Erwerbsleben und die damit beginnende nachberufliche Bildungsphase einen relativ geringen Anteil ein. Zwar kann mit dem NEPS zukünftig auch der Verrentungsübergang verfolgt werden, allerdings handelt es sich hierbei – da nicht explizit in dem Multi-Kohorten-Sequenzdesign des NEPS berücksichtigt – zumindest innerhalb der nächsten Jahre – um eine verschwindend geringe Fallzahl und dementsprechend auch um schwer verwertbare Analyseergebnisse.

Umso positiver wurden die Ergebnisse der Münchner EdAge-Studie (Prof. Rudolf Tippelt, Dr. Bernhard Schmidt) aufgenommen, die erstmals das Weiterbildungsverhalten sowie die Weiterbildungsinteressen der 45- bis 80-Jäh-

rigen auf Basis einer repräsentativen Stichprobe erhoben hat.

Ulrike Strate (TU Berlin) erinnerte in ihrem Beitrag zur wissenschaftlichen Weiterbildung im höheren Lebensalter an eine Bemerkung des ehemaligen Leiters des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Hellmut Becker: Dieser hatte bereits Ende der 1980er Jahre angekündigt, dass wir auf eine politische Katastrophe zusteuern, sollten »wir die Masse der alten Menschen in einem Zustand intellektueller Dummheit belassen«. Wie immer man zur Bedeutsamkeit der nachberuflichen Bildungsphase steht, Fakt ist: Wer von lebenslangem Lernen spricht, darf nach der Bildungsphase Erwachsener im erwerbsfähigen Alter keinen Schlussstrich ziehen. So ist es ausgesprochen schade, dass auch im NEPS – als »neuem Leuchtturm in der Bildungsforschung« (Schavan) – die Chance auf lebenslange Bildung weiterhin mit Arbeitsmarktchancen gleichgesetzt wird.

*Kristina Enders (DIE)*

## Erwachsenen-PISA

### Die nationale Studie zur Kompetenzmessung Erwachsener startet

Das »Programme for the International Assessment of Adult Competencies« (PIAAC), die von der OECD geförderte Studie zur Messung des Kompetenzniveaus Erwachsener im internationalen Vergleich, wird für Deutschland vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim koordiniert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat Dr. Beatrice Rammstedt mit der Projektleitung beauftragt. GESIS wird mit zahlreichen externen Experten zusammenarbeiten, darunter auch mit Wissenschaftler/innen des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE). Die Studie wird zeitgleich in 30 Ländern durchgeführt. Die Vorarbeiten zur Umsetzung haben bereits begonnen, 2011/2012 wird die Datenerhebung stattfinden. Die Publikation von Ergebnissen ist für März 2013 geplant.

*DIE/BP*

## Neubestimmung eines Verhältnisses

### Organisation und Beratung als Thema der DGfE-AG Organisationspädagogik

Die zweite Tagung der AG Organisationspädagogik beschäftigte sich mit Beratung in und von Organisationen als Unterstützung von Lernprozessen. Am 12. und 13. März 2009 kamen in Marburg 170 Personen zusammen, um sich über eine neue Verhältnisbestimmung der Phänomene »Organisation« und »Beratung« auszutauschen.

Die 2007 gegründete und der Sektion Erwachsenenbildung der DGfE angeschlossene AG Organisationspädagogik ist mit dieser zweiten Tagung nicht nur auf dem Weg, einen organisationspädagogischen Austausch zu etablieren, sondern verfolgt außerdem das Ziel, ein entsprechendes Netzwerk im deutschsprachigen Raum herauszubilden, so Michael Göhlich, Vorstand der AG Organisationspädagogik.

Beratung gilt spätestens seit ihrer Kennzeichnung als unetablierte Form der Erziehung durch Bollnow und seit Mollenhauers Plädoyer als ein pädagogisches Phänomen. Die Beratung von Organisationen war allerdings lange Zeit im Bereich von Psychologie und Betriebswirtschaft angesiedelt. Mit der Etablierung eines ausdrücklich organisationspädagogischen Diskurses wird die Beratung in und von Organisationen als Unterstützung individueller, kollektiver und organisationaler Lernprozesse und damit als originär pädagogische Praxis wahrgenommen. Dieser pädagogische Blick auf das Verhältnis von Beratung und Organisation wirft allerdings eine Reihe von Fragen auf, die sowohl theoretischer als auch empirischer Klärung bedürfen. Besonders die neuen, speziell auf das Verhältnis von Organisation und Beratung zugeschnittenen Fragen bzw. Themen standen bei der Marburger Tagung im Mittelpunkt der Diskussion.

Christiane Schiersmann (Universität Heidelberg) plädierte in ihrem Vortrag für eine eigenständige Beratungstheorie, welche stärker präzisiert und etabliert werden sollte. Eine Beratungs-

wissenschaft ist laut Schiersmann als multidisziplinäres Konzept anzusehen und zu gestalten (vorrangig Psychologie, Bildungswissenschaft, Soziologie, Betriebswissenschaft). In ihrem Fazit hob sie den Bedarf einer verstärkten Verwissenschaftlichung und Professionalisierung von Beratung hervor.

Höhepunkte waren neben dem Vortrag von Christiane Schiersmann die beiden Vorträge von Rainer Zech von ArtSet und von Ewald J. Brunner, Prof. em. in Jena.

Zech setzte sich mit der Beratung von Organisationen auseinander. In seinem Eröffnungsvortrag »Organisation und Beratung. Funktionsgrammatiken, Selbstberatung, pädagogische Zugänge« verdeutlichte er, dass eine organisationsbezogene Beratung nicht die Veränderung von Personen, sondern für die in Organisationen vorherrschenden Regelsysteme zum Ziel hat. Ewald J. Brunner, der an der Universität Jena pädagogische Organisationspädagogik lehrte, nahm die pädagogische Organisationsberatung als Profession in den Blick. Für Brunner stellt Organisationsberatung einen Ko-Evolutionsprozess dar, bei welchem der Berater und der Kunde gemeinsam Lösungen erarbeiten; die Rolle des Organisationsberaters ist dementsprechend die des Begleiters und Lernhelfers, der »in Zeiten des Übergangs von einem alten Ordnungszustand in einen neuen durch kluge Hinweise und durch bedachte Anregungen mit sanfter Hand Anstöße geben [kann], die zu einem Neuanfang beitragen können«.

In fünf Arbeitsgruppen wurde weiter die Dyade Beratung und Organisation aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet: (1) organisationsinterne Beratung, (2) professionelle Beratung in und von Organisationen, (3) Beratungsorganisationen, (4) die Evaluation der Beratung in und von Organisationen und schließlich (5) das Verhältnis von (Organisations-)Forschung und (-)Beratung. In


der Auseinandersetzung mit Evaluation der Beratung in und von Organisationen wurde beispielsweise die Notwendigkeit einer begrifflichen Klärung der »beraterischen Kommunikation« festgestellt. Dieser schillernde Begriff wurde von den Referent/inn/en selbst eher noch wenig differenziert gebraucht. Was kennzeichnet eine dezidiert »beraterischer« Kommunikation in Abgrenzung zu anderen pädagogischen Settings? Diese und andere Definitionsaufgaben gilt es weiter zu bearbeiten.


Die in Kooperation des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung und des Instituts für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg ausgerichtete Tagung kann rundum als gelungen bewertet werden: eine Tagung, die zum Austausch anregte und in einer äußerst angenehmen Atmosphäre zur Netzwerkbildung beitrug. Besonders hervorzuheben ist die heterogene Teilnehmerschaft: Sowohl Vertreter/innen aus verschiedenen (erziehungs-)wissenschaftlichen Disziplinen als auch Teilnehmende aus der Praxis führten intensive Diskussionen zu Fragen des Verhältnisses von Beratung und Organisation.

Die thematische Bandbreite der Forschungen und das wissenschaftlich hohe Niveau waren wie im vergangenen Jahr höchst erfreulich. In einem für Frühjahr 2010 geplanten Tagungsband werden die einzelnen Berichte nachzulesen sein.

Unter dem Thema »Organisation und Führung« findet im Frühjahr 2010 die dritte Tagung der AG Organisationspädagogik in Heidelberg statt. Ausgerichtet wird sie in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung und dem Institut für Bildungswissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg.

Sandra A. Habeck (Universität Marburg)

 [www.uni-marburg.de/fb21/ebaj/Tagung2008/index.html](http://www.uni-marburg.de/fb21/ebaj/Tagung2008/index.html)

 Homepage der AG Organisationspädagogik: <http://dgfe.pleurone.de/ueber/sektionen/folder.2004-09-09.5045997312/AGOrganisation/index.html>



## Schwerpunktausgabe

### »Erinnern und Gedenken«

mit 30 Beiträgen zu folgenden Themenbereichen:

- Gedenken und Erinnern in Österreich
- Fundamente des Erinnerns
- Lokale und regionale Gedenkprojekte
- Spuren zu den Orten der Vernichtung
- Die Zukunft des Erinnerns - Vermittlungsprojekte

Einige der Autoren und Autorinnen:

*Robert Streibel, Brigitte Bailer, Eva Blimlinger, Adam Sitarek, Hannah Landsmann, Bogdan Bialik, Christian Angerer, Heimo Halbrainer, Joanna Podolska, Gerhard Pazderka*

## SPURENSUCHE

Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung.  
18. Jg., Heft 1-4, ca. 300 Seiten, illustriert. Preis: 15,50 Euro

Bestellungen unter: Tel.: +43/1/25 91 862  
Fax: +43/1/25 91 862-15  
E-mail: [office@vhs-archiv.at](mailto:office@vhs-archiv.at)



## Erstmalig verliehen: Preis politische Bildung

### Preisträger in Berlin ausgezeichnet

Der »Bundesausschuss Politische Bildung« hat in diesem Jahr erstmalig den »Preis Politische Bildung« ausgelobt. Der Themenfokus in diesem Jahr lag auf Projekten und Veranstaltungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die Sozial- und Bildungsbenachteiligte mit Migrationshintergrund mit der demokratischen Kultur vertraut machen und zur Partizipation anregen. Der Preis, der in Zukunft alle zwei Jahre vergeben wird, wird vom Bundesfamilienministerium und von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziell unterstützt.

Geschichte speziell für Menschen mit Migrationshintergrund sind bisher wenig bekannt ([www.asf-ev.de](http://www.asf-ev.de)). Der Titel des zweiten erfolgreichen Sieger-Projektes lautet »Junge Migrantinnen und Migranten: Fit für den Beruf und engagiert in der Gesellschaft«. Dabei handelt es sich um eine Konzeption zweier Migranten-Selbsthilfeorganisationen, bei der mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund und speziell für sie politische Bildungsangebote entwickelt, erprobt, dokumentiert und evaluiert wurden. Langfristig sollen so auch die Chancen der Jugendlichen

auf dem Arbeitsmarkt und bei der Ausbildungsplatzsuche verbessert werden. Dieses Projekt verbindet somit berufliche Ausbildung und Orientierung mit politischer Bildung und wurde deswegen als bemerkenswert und innovativ eingestuft ([www.asm-hh.de](http://www.asm-hh.de)). Mit einem zweiten Preis wurde das Projekt »Jugend

entdeckt Demokratie« ausgezeichnet, das sich generationenübergreifend dem Thema Rassismus widmet. Ein Sonderpreis ging an »ungeduldig – ein Filmprojekt von jungen Flüchtlingen«, bei dem als geduldete Flüchtlinge in Deutschland lebende Jugendliche, die von vielen Bildungsangeboten und politischer Teilhabe weitgehend ausgegrenzt sind, mit der Kamera begleitet und so von Opfern zu Akteuren gemacht wurden. Der erste Preis war mit 10.000 Euro, der zweite mit 5.000 Euro dotiert.

DIE/BP

## Personalia

**Dr. Andrea Binder** arbeitet seit Februar 2009 bei der Robert Bosch Stiftung in Stuttgart. Sie leitet dort das Programm »Bildung und Gesellschaft«. Vor ihrem Wechsel zur Robert Bosch Stiftung war Binder stellvertretende Generalsekretärin der Leibniz-Gemeinschaft.

**Prof. Dr. Max Fuchs**, Direktor der Akademie Remscheid, wurde einstimmig und zum fünften Mal zum ehrenamtlichen Vorstand des Deutschen Kulturrates gewählt. Seine Stellvertreter sind **Christian Höpner**, Generalsekretär des Deutschen Musikrates, und **Dr. Georg Ruppelt**, Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover.

**Ina Nottebohm** ist zur neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Demokratische Bildungswerke e.V. (ADB e.V.) in Bonn, einem Zusammenschluss von zwölf unabhängigen Bildungsträgern der politischen Bildung, gewählt worden. Geschäftsführer ist **Wilfried Klein**.

**Dr. Volker Otto** ist am 17. März 2009 im Alter von fast 70 Jahren in Leipzig verstorben. 1970 begann seine Arbeit für die Erwachsenen- und Weiterbildung mit dem Eintritt in die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (PAS), die er später stellvertretend leitete. Von 1977 bis 1989 war er Verbandsdirektor des Hessischen und von 1989 bis zu seinem Ruhestand 2001 Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (dvv) in Bonn. 2002 kehrte er in seine Heimatstadt Leipzig zurück. Dort wurde er 2003 vom Institut für Erwachsenen-, Sozial- und Wirtschaftspädagogik der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zum Honorarprofessor ernannt. Lange Jahre war er Mitglied der Redaktionskonferenz der Hessischen Blätter für Volksbildung. Otto hat in all diesen Funktionen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Erwachsenenbildung genommen.

**MdB Ernst Dieter Rossmann** (SPD) ist neuer bildungs- und forschungspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion.



Die Festrede hält der Schirmherr des Preises, Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages.

Am 5. Mai wurden in Berlin zwei erste Preise vergeben: Ausgezeichnet wurde zum einen das Projekt »Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte« der Aktion Sühnezeichen in Berlin, ein Projekt, bei dem es um die Vermittlung deutscher Geschichte speziell für Menschen mit Migrationshintergrund geht. Was wie eine überambitionierte Projektidee politischer Bildner für eine vermeintlich »bildungs- und politikferne« Zielgruppe erscheint, war in Wirklichkeit ein Anliegen ehrenamtlich engagierter Frauen mit Migrationshintergrund. Das Projekt wurde von der Jury als einzigartig und innovativ gewertet, denn Angebote zur Vermittlung deutscher



## Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009

### Zentrale Indikatoren zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

Der Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erscheint jährlich seit 1977. Erstmals in diesem Jahr veröffentlicht das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit dem ergänzenden Datenreport ein »neues Standardwerk« zur Berufsbildung. Er bietet umfassende Informationen, Daten und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland.


Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 besteht aus vier Kapiteln: In den ersten beiden Kapiteln werden zentrale Indikatoren zur beruflichen Ausbildung und zur beruflichen Weiterbildung dargestellt und Entwicklungen im Zeitverlauf abgebildet. Darüber hinaus werden jeweils unterschiedliche Schwerpunktthemen behandelt. Thema des Berichtes 2009 sind »Aus-

bildungsbausteine«. Außerdem werden Entwicklungen in der europäischen und internationalen Zusammenarbeit in der Berufsbildung beleuchtet.

Im nächsten Datenreport (2010) werden die bisherigen Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) ergänzt um zentrale Indikatoren zur individuellen Weiterbildungsbe- teiligung und zu Anbieterstrukturen. Die bisher vorliegenden Indikatoren signalisieren für die betriebliche Weiterbildung weiterhin Handlungsbedarf für eine Intensivierung. Dieser steht unter anderem auch im Zusammenhang mit einem Rückgang des Arbeitskräfteangebots ab 2010 und einer „alternden“ Belegschaft. Bezogen auf die öffentlich geförderte Weiterbildung haben sich nach den starken Rückgängen in

der Vergangenheit die Eintritte wieder positiv entwickelt. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie aufgrund der Veränderungen in der Förderpolitik weit unter den Zahlen der 1990er Jahre liegen. *DIE/EK*

Der Datenreport erscheint als Druck- und Online-Version:  
Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.):  
Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009.  
Informationen und Analysen zur Entwicklung  
der beruflichen Bildung. Bonn 2009


 [www.bibb.de/datenreport](http://www.bibb.de/datenreport)

## Meldungen

### Handbuch EB/WB online

Im März 2009 ist die 3. überarbeitete und erweiterte Auflage des »Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung«, herausgegeben von Rudolf Tippelt und Aiga von Hippel, erschienen. Das Handbuch enthält unter anderem einen Beitrag des Deutschen Bildungsservers, in dem Internetquellen rund um das Thema Erwachsenenbildung/Weiterbildung vorgestellt und kommentiert werden.


Der Deutsche Bildungsserver hat in Kooperation mit dem VS Verlag für Sozialwissenschaften eine Begleitseite zum Handbuch eingerichtet, die unmittelbaren Zugang zu der Auswahl einschlägiger Internetquellen sowie zu weiteren Informationsmaterialien bietet. Die Begleitseite zum Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung ist kostenfrei zugänglich unter:

 [www.bildungsserver.de/link/handbuch\\_erwachsenenbildung](http://www.bildungsserver.de/link/handbuch_erwachsenenbildung)

### Masterstudiengang

#### »Alphabetisierung und Grundbildung«


Im Wintersemester 2009 wird an der Pädagogischen Hochschule Weingarten erstmals in Deutschland ein weiterbildender Masterstudiengang »Alphabetisierung und Grundbildung« angeboten. Die Konzeption des Studiengangs wird im Rahmen eines BMBF-Projektes erarbeitet. Das Studium umfasst vier Semester, kann berufsbegleitend absolviert werden und wird einen starken Praxisbezug haben. Es richtet sich hauptsächlich an Praktiker/innen in der Alphabetisierung und Grundbildung. Zulassungsvoraussetzungen sind ein Jahr Berufserfahrung und ein berufsqualifizierender Hochschulabschluss.

 [www.ph-weingarten.de/stag](http://www.ph-weingarten.de/stag)

### Zur Rolle des sozialen Nahraums

Das Kompetenzzentrum Integra.net, ein Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrant/inn/en in Hessen, hat ein Dossier herausgebracht, das die Rolle des Wohnumfeldes bei der beruflichen Integration von Migrant/inn/en thematisiert. Die Publikation mit dem Titel »Qualifizierung im Sozialen Nahraum« erläutert die Rolle des unmittelbaren Umfelds von Arbeitslosen und zeigt neue Wege zu Qualifizierung und beruflicher Integration.

Das Dossier kann im Internet als PDF heruntergeladen oder per Mail bestellt werden.

 [www.integra-net.org](http://www.integra-net.org);  
E-Mail: [firlus.juliane@bwhw.de](mailto:firlus.juliane@bwhw.de)

## Serbiens Regierung wacht auf

### Nationale Konferenz zur Erwachsenenbildung

Eigentlich sind Bildungsministerien ja die geborenen Partner, wenn nicht Schlüsselakteure für lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung. Aber das gilt nicht überall. Manchmal kann ein Ministerium auch die stärkste Bremse sein für die Entwicklung eines modernen Erwachsenenbildungssystems oder eine Festung einer konservativen, traditionellen und schulorientierten Denkungsart. Das war zum Beispiel in Serbien so, und zwar nicht nur während der Ära Milosevic, sondern auch danach. Die »neuen« Regierungen schalteten auch mehr oder weniger aufstur, wenn es um das Thema ging. Die Vorkämpfer für Erwachsenenbildung lernten in dieser Zeit, das Ministerium der Kategorie »W« ihrer SWOT-Analysen zuzurechnen.

So ist es umso überraschender, dass die 2008 ins Amt eingeführte Regierung dem Thema wachsendes Interesse entgegenbringt – mehr, als man von einer sozialistischen Partei (die in den 1990er Jahren von Milosevic geführt worden war) hätte erwarten können. Der sozialistische Minister Dr. Zarko Obradovic hat die Vorbereitungen des nationalen CONFITEA-Berichts ebenso unterstützt wie die Teilnahme an UNESCO-Konferenzen. Er hat intensive Partnerschaften im Bereich der Erwachsenenbildung initiiert und im März sogar eine große landesweite Konferenz anberaumt.

Die serbische NGO »Adult Education Society« wurde eingeladen, als Mitveranstalter aufzutreten, und der »dvv international« unterstützte die Veranstaltung. Das Programm wurde von nationalen und internationalen Experten vorbereitet. Es war damit 2009 das erste Mal, dass ein serbisches Bildungsministerium eine Konferenz abgehalten hat, die sich allein der Erwachsenenbildung widmete. 250 Gäste, darunter Vertreter aller relevanten serbischen Ministerien und Sozialpartner, verhandelten das Thema »Erwachsenenbildung – eine Chance

für die sozio-ökonomische Entwicklung Serbiens«. Das Ministerium stellte dafür einen Festsaal in einem Regierungsgebäude der »sozialistischen Ära« zur Verfügung. Zur Überraschung einiger beließ es der Minister nicht bei einem Auftritt zur Publikumseröffnung samt Fototermin, sondern moderierte die gesamte Konferenz. Er kündigte eine Reihe wichtiger Schritte an: die Implementierung einer nationalen Strategie zur Entwicklung der Erwachsenenbildung und des zuletzt vom Parlament verabschiedeten »Action Plan for Adult Education« oder den Aufbau neuer Institutionen. Er fügte hinzu: »Wir halten es für nötig,

ein Erwachsenenbildungsgesetz zu verabschieden, das lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung fördert und unterstützt und das die finanzielle und materielle Grundlage und die Professionalitätsentwicklung im Feld sichert.« Dies hat der Minister sicher weder aus reiner Menschenfreundlichkeit gesagt noch als Demagoge. Doch es ist unsicher, ob wir Gelegenheit haben werden, die Dinge zu überprüfen. Die lange erwartete Initiative des Ministeriums hat einen neuen Feind: die globale Wirtschaftskrise, deren lokale Auswirkungen den ambitionierten Plänen die finanzielle Grundlage rauben könnte.

*Katarina Popovic (Belgrad) für InfoNet*



### KSLL: Neues Wissensportal zum lebenslangen Lernen

Die Europäische Kommission hat ein neues Wissensportal, das »Knowledge System for Lifelong Learning (KSLL)« freigeschaltet. Das Portal soll zur Unterstützung des EU-Arbeitsprogramms »Education & Training 2010« regelmäßig aktualisierte Informationen über nationale politische Initiativen im Bereich des lebenslangen Lernens bereitstellen und das sog. Peer-Learning fördern und erleichtern. Darüber hinaus bietet es Hintergrundinformationen über die jeweiligen nationalen Bildungssysteme, deren LLL-Strategien und Reformen.

## Mit Bildungsmaßnahmen gegen den Klimawandel

### UNESCO-Weltkonferenz fordert globale Ausrichtung der Bildungssysteme

Die UNESCO-Weltkonferenz »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) fand vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn statt. Anlass war die Halbzeitevaluation der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (2005–2014). Über 900 Vertreter von 150 UNESCO-Mitgliedstaaten und der UNESCO-Generaldirektor für Bildung, Nicholas Burnett, forderten, die Bildungssysteme weltweit neu so auszurichten, dass eine menschenwürdige Zukunft gesichert werden kann. Formale wurde dies in der »Bonner Erklärung« hervorgehoben, die zum Abschluss der UNESCO-Weltkonferenz verabschiedet wurde. »Investitionen in Bildung und Nachhaltigkeit sind Investitionen in die Zukunft. Bildung muss zu einer umfassenden Verantwortung erziehen von frühester Kindheit bis ins Erwachsenenalter«, heißt es in der Erklärung. Nur so könne jeder lernen, dass eigenes Handeln globale Konsequenzen hat. Insgesamt fanden 22 Workshops statt, die unterschiedliche Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung thematisierten. Darunter waren Nachhaltigkeitsherausforderungen wie Wasser- und Nahrungsmittelversorgung oder Biodiversität in ihrem Bezug zur Bildung. Auch der Klimawan-

del müsse stärker mit Bildungsmaßnahmen bekämpft werden. Die Konferenzklärung verfolgt dabei das Ziel, angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel und Finanzkrise Bildung so zu gestalten, dass sie jedem Einzelnen die Möglichkeit gibt, die Kompetenzen, Fertigkeiten, Kenntnisse und Werte zu erwerben, die für die Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft erforderlich sind. Vorausgesetzt wurde von den Konferenzteilnehmern, dass die Dimensionen der globalen Herausforderungen bekannt seien und die Politik gleichzeitig über das Wissen verfüge, wie Nachhaltigkeitskompetenzen in die Bildung integriert werden können.

Etwa 40 deutsche Akteure waren an 14 Projektworkshops beteiligt, darunter InWEnt, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ und der Deutsche Entwicklungsdienst DED mit dem Thema globale Gerechtigkeit. Mit Hilfe der Medien wollen die UNESCO-Länder das Thema Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit noch sichtbarer werden lassen. Auf der Konferenz wurden Forderungen laut, dass Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auch bei den Treffen der G8- und G20-Staaten diskutiert werden

müsse, denn die Finanzkrise habe deutlich gemacht, welche Auswirkungen ein Handeln hat, das an kurzfristigen Interessen orientiert ist. »Bildung für nachhaltige Entwicklung ist entscheidend, um ein neues ökonomisches Paradigma zu entwickeln«. Außerdem sollen in einem »Call for Action« Leitlinien für die weitere Umsetzung der UN-Dekade vorgegeben und die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, »Bildung für nachhaltige Entwicklung« voranzutreiben und ausreichend finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. Die UNESCO soll ihre koordinierende Rolle ausbauen sowie BNE als wichtiges Element der Bekämpfung des Klimawandels herausstellen. Die »Bonner Erklärung« soll zukünftig als zentrales Referenzdokument die UNESCO und ihre Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« unterstützen, und Deutschland wird sie mit dem Ziel einer Indossierung in den UNESCO-Exekutivrat und die UNESCO-Generalkonferenz einbringen.

*Stefan Baumeister (AKSB) für InfoNet*

Informationen zur UNESCO-Weltkonferenz sowie die »Bonner Erklärung« zum Download:



[www.esd-world-conference-2009.org/de/home.html](http://www.esd-world-conference-2009.org/de/home.html)

## Learning in Later Life

### EU-Grundtvig-Seminar in Larnaka

Vom 22. bis 26. April 2009 richtete die Zypriotische Assoziation für Erwachsenenbildung zum zweiten Mal ein Seminar zu Fragen der Bildung im höheren Lebensalter und des intergenerationalen Lernens aus. 44 Teilnehmende aus 17 Ländern trafen sich, um unter fachlicher Anleitung der Moderatoren J. Soulsby, J. Klercq und K. Symeonides intensiv zum Thema zu diskutieren. In den inhaltlichen Inputs zum demografischen Wandel und zum Lernen im Alter und sowie in den anschließenden Diskussionen zeigte sich, dass in den

letzten zehn Jahren die Bedeutung älterer Menschen für die Erwachsenenbildung stark gewachsen ist. Belege dafür lieferten nicht nur Daten und aktuelle Diskurse in der EU, sondern auch einzelne Projekte aus den Ländern. Einige Aktivitäten und Projekte wurden im Seminar vorgestellt: zum Beispiel die Verknüpfung von Stadtentwicklung und Weiterbildung in Edinburgh, die Förderung des Alterslernens in der afrikanisch-karibischen Gemeinde in einem Vorort Londons, Trainings im Rahmen des nationalen Zentrums für freiwillige Arbeit in Rumänien oder ein EU-Projekt aus Ungarn mit dem Titel »Training Older Persons«, das Qualifikationen für Trainer anbietet. Kritisch wurden im

Seminar Projekte betrachtet, die Bildung im höheren Lebensalter stark am Konzept der »Employability« orientieren und die Selbstbestimmung Älterer vernachlässigen.

Die teilnehmerorientierten Seminarmethoden unterstützten die internationale Kommunikation und den Erfahrungsaustausch und legten so neue Grundlagen für gemeinsame Projektaktivitäten. Die Diskussionen in der Gruppe, das gemeinsame Arbeiten an Aufgaben und die informellen Gespräche beim abendlichen Essen stellten einen besonderen Mehrwert dieses europäischen Fortbildungsseminars dar.

*Jens Friebe (DIE)*